

Meinen Brief schreibe ich immer am Ende des Monats. So ergibt es sich, dass ich in jedem Jahr kurz vor dem 1. Mai besonders aufmerksam die Lokalpresse studiere und für die Leser des „Eppendorfer“ das Ergebnis komprimiere und serviere.

Der diesjährige Maifeiertag führt inklusive Brückentag zu einer der größten Touristenschwemmen, die Berlin je erlebt hat. Obwohl: Nur an der Sprache ist inzwischen nicht mehr zu erkennen, wer nur des Amüsemments wegen an die Spree gekommen ist. Vor allem die unzähligen spanisch sprechenden Menschen, die in meinem schönen Amt in langen Schlangen vor der Meldestelle im Erdgeschoss stehen und gestikulieren geben Berlin zumindest sprachlich eine Art Urlaubsbräune. Hinzu kommt eine wachsende Zahl von Sinti und Roma, so dass die neueste Anfrage aus der Bezirksverordnetenversammlung die Frage stellt, wie sich der massenhafte Zuzug aus Osteuropa auf die Sozialdienste auswirkt, und welche Maßnahmen ergriffen werden. Noch finden sich nur wenige dieser Menschen in unseren Sprechstunden ein. Doch in Einzelfällen sind wir schon jetzt auf der Suche nach Sprachmittlern für rumänisch, tschetschenisch, bulgarisch u.s.w. Und dass der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt nun endgültig an seine Grenzen stösst, das merken nicht nur unsere Klienten, die auch mit positiver Schufa-Auskunft keine bezahlbare Wohnung mehr finden.

Gerade noch rechtzeitig zum Kampftag der Arbeiterklasse wurde die neue WAV veröffentlicht. WAV bedeutet Wohnungsaufwendungsverordnung, und sie bindet nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gerichte. Zunächst das positive: Als zusätzliche Härtefallbestimmung wird ein besonderer Wohnraumbedarf zur Ausübung des Umgangsrechts von Eltern mit ihren Kindern anerkannt. Die Richtwerte sind zukünftig an den Berliner Mietspiegel gekoppelt und werden jährlich aktualisiert. Für jeden Einzelfall sind das nur ca. 16 € mehr, das reicht noch nicht, um aufzuatmen. Viele unserer Klienten müssen trotzdem umziehen und verzweifeln daran. In ganz Berlin waren dies immerhin 1300 Hilfeempfänger im vergangenen Jahr. Und nicht wenige landen darüber in der Wohnungslosigkeit, wo sie erheblich höhere Unterbringungskosten verursachen. Immerhin gerät die Lage auf dem Wohnungsmarkt in den Fokus der Politik: Fast zeitgleich wollen alle Parteien spätestens ab 2014 den Wohnungsbau mit finanziellen Anreizen unterstützen. Und noch nicht genug: Vorgestern hat das Berliner Sozialgericht die aktuellen Hartz-IV-Sätze als zu niedrig beurteilt. Das Bundesverfassungsgericht soll wieder mal prüfen.

Sozialpolitische Themen beherrschen also momentan die Debatte – und das ist gut so. Auch die psychiatrische Auseinandersetzung dreht sich weiterhin um die harten Ressourcen: Braucht Berlin geschlossene Heime in der Eingliederungshilfe? Die Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie hatte in dieser Woche das zweite Mal eingeladen, und der Referent aus Hamburg – Betreuungsrichter John Gelübcke – blieb diesmal nicht im ICE auf freier Strecke hängen, sondern traf pünktlich ein. Er informierte über die aktuelle Rechtslage angesichts der UN-Behindertenrechtskonvention und der einschlägi-

gen Urteile. Anschließend trug Detlev Gagel, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes in Pankow, in eindrucksvoller Weise einen Fall vor. Hier ging es einmal nicht um dramatische Fremdgefährdung, sondern um das allmähliche, dabei nicht weniger tragische Verharren eines Mannes in seiner Wohnung, in seinem Zimmer, auf seinem Sessel, bis hin zur vitalen Gefährdung. Im gut besuchten Plenum wurde überlegt, nachgedacht, rätsonniert. Psychiater, Richter, Betreuer gaben zu bedenken: Wann darf man eingreifen? Weshalb kann all dies – Ernährung, Hygiene, Medikation – nicht ambulant „verabreicht“ werden, sondern nur im stationären Kontext eines Heims oder einer Klinik? Kein Zutritt zur Wohnung ohne Zustimmung, kein Einsatz von Hauspflege ohne Einwilligung, keine Medikamentengabe unter Zwang! Wir wissen es alle und grätschen jeden Tag in den Spagat zwischen Autonomie und Überleben. Unter uns: Ich bin ganz froh, in einer Stadt und in einem Land zu leben, in dem um jeden Einzelfall derart gerungen wird. Nixtun ist einfacher.